

Praktikumsbericht

Praktikant des Landtagsmitglieds Ronald Hande

Im Rahmen meines Studiums der Politikwissenschaft absolvierte ich vom 1. November 2016 bis zu den Festtagen ein Praktikum bei dem Abgeordneten Ronald Hande von der Linken. Ronald Hande ist seit der gegenwärtigen Legislaturperiode Mitglied des Thüringer Landtages und hat zuvor für die Landtagsabgeordneten Hellmann und Harzer gearbeitet, war seit 2009 Kreisgeschäftsführer und ist seit 2013 Vorsitzender der Kreistagsfraktion der Linken im Landkreis Schmalkalden-Meiningen. Zudem ist er seit 2014 ehrenamtlicher Bürgermeister von Benshausen.¹ Im Thüringer Landtag ist Ronald Hande Mitglied des Petitionsausschusses.

Trotz der vielen regionalen Tätigkeiten Handes sollte mein Praktikum schwerpunktmäßig in Erfurt im Landtagsbüro stattfinden. So hatte ich einen festen Arbeitsplatz und einen Fokus auf landespolitische Themen.

Mein Praktikum begann mit einem Gespräch, zu dem eine Vertreterin eines strukturpolitischen Projektes eingeladen war. Sie erklärte, wie in einer Region in Sachsen Menschen im Rahmen des Projektes zu regelmäßigen Salons zusammen kamen und sich Geschichten aus der gemeinsamen Vergangenheit erzählten, aktuelle Probleme diskutierten und Visionen für die Zukunft ihrer Dörfer erarbeiteten. Ein solches Projekt könnte ebenfalls in Thüringen durchgeführt werden und bietet die Möglichkeit, Struktur- und Entwicklungspolitik nicht „von oben“ zu betreiben, sondern in einem neuartigen Format über die Geschichte, Identität und das daraus entstehende Potential der eigenen Region nachzudenken.

Neben Berichten über dieses Treffen konnte ich mehrere andere Recherchearbeiten erledigen, die sich mit den Themen Raumordnung, planungsrechtlichen Regelungen und Petitionen befassten.

Die Raumentwicklung ist neben seinen kommunalen Tätigkeiten und dem Petitionsausschuss Handes Hauptpolitikfeld. In Thüringen gibt es vier verschiedene Regionalpläne, die von regionalen Planungsgemeinschaften ausgearbeitet werden. In diesen werden für Ostthüringen, Südwestthüringen, Mittelthüringen und Nordwestthüringen zum Beispiel Flächen für Industriegebiete, Wohngebiete und Naturschutzgebiete festgelegt. Im aktuellen Raumplanungsprozess besteht ein besonderes öffentliches Interesse an der Festlegung von Vorzugsgebieten für den Bau von Windkraftanlagen. Die linke Thüringer Regierungskoalition hat in ihrem Koalitionsvertrag festgelegt, 1 % der Fläche Thüringens als Vorzugsgebiete für Windkraftanlagen ausweisen zu wollen.

¹ Vgl. http://www.ronald-hande.de/persoennesliches/ueber_mich/ abgerufen am 7.11.16.

In Ost- und Mittelthüringen werden die Regelungen zur Windkraft in einem beschleunigten Verfahren geplant, da die bisherigen Regeln in Verwaltungsgerichtsurteilen für rechtswidrig erklärt wurden.

In einer anderen Woche fanden wir uns zu einem Treffen zwischen verschiedenen Landesentwicklungspolitikerinnen und -politikern in Leipzig ein, bei welchem verschiedene Themen der Zusammenarbeit zwischen den Ländern besprochen wurden. Dabei wurden Möglichkeiten besprochen, wie die Zusammenarbeit zwischen den mitteldeutschen Bundesländern intensiviert werden kann. Insbesondere ging es dabei um den länderübergreifenden Hochwasserschutz. Es wurden in den Ländern seit dem Hochwasser im Jahr 2013 verschiedene Schutzmaßnahmen in die Wege geleitet. Dabei werden nicht mehr nur neue Deiche gebaut, sondern alte teilweise zurück gebaut, um Wasser in Überschwemmungsgebiete zu leiten. Zukünftigen Hochwassern soll ebenfalls durch die Aufstellung einer Wasserwehr vorgebeugt werden. Diese kann von den Kommunen neu geschaffen oder als Kompetenz der bestehenden Feuerwehr erweitert werden. Das Treffen der Landesentwicklungspolitiker zeigte eine gelebte Ausprägung des Föderalismus. Länderübergreifende Aufgaben werden häufig nicht zentralstaatlich durch den Bund wahrgenommen, sondern durch die einzelnen Bundesländer im Rahmen von länderübergreifenden Kooperationen. Diese Kooperation findet sowohl, wie in meinem Beispiel, auf parlamentarischer als auch auf Regierungsebene statt. Ein aktuelles Beispiel aus dem Bereich innere Sicherheit bietet das von fünf Bundesländern beschlossene gemeinsame IT-Überwachungszentrum, das durch einen Staatsvertrag gegründet werden soll.

Bei einer Veranstaltung zu Petitionen im Erfurter Landtag waren Vertreterinnen und Vertreter aus dem Bayrischen Landtag, der Geschäftsführer der Internetseite open petition und verschiedene Beamte und Politikerinnen und Politiker aus dem Thüringer Landtag anwesend. Diskutiert wurde, wie das Petitionswesen im Thüringer Landtag reformiert werden kann und welche Vorteile die Internetseite open petition und das Verfahren im Bayrischen Landtag haben.

In Bayern tagen etwa zwei Drittel der Ausschüsse öffentlich und Petitionen werden nicht von einem gesonderten Petitionsausschuss beraten, sondern anderen inhaltlich zuständigen Ausschüssen zugeleitet. Petentinnen und Petenten können bei öffentlichen Sitzungen die Bearbeitung ihrer Petition mitverfolgen, was gerne angenommen wird. Allerdings wurde auch das Gegenargument angeführt, dass, auch wenn sich Petenten gerne mündlich erklären, das Petitionsverfahren kein „Ersatzgerichtsverfahren“ ist, sondern es zunächst ein schriftliches Recht von Bürgerinnen und Bürgern ist, politische Forderungen an Parlamentarier zu stellen.

Die Internetseite open petition besitzt die technischen Vorteile gegenüber der Thüringer Landtagsseite, dass NutzerInnen nicht angemeldet sein müssen und es eine Kommentarfunktion gibt.

Allerdings ist das Einstellen einer Petition auf dieser Seite keine Garantie dafür, dass die Petition überhaupt an den zuständigen Landtag weitergeleitet wird. Petenten sind dafür selbst verantwortlich.

Neben den beschriebenen Sonderveranstaltungen war ich regelmäßig bei der Fraktionssitzung der Linken im Thüringer Landtag, dem Landtagsplenum und an kleineren Aufgaben, wie der Vergabe eines Förderscheck des Vereins „Alternative 54 Erfurt“, in den Landtagsabgeordnete der Linken ihre Diätenerhöhungen spenden, beteiligt.

Mein zweimonatiges Praktikum hat mir große Freude bereitet und gezeigt, auf welche Weise in Thüringen Politik gemacht wird. Ich würde es jedem weiterempfehlen, der oder die selbst diese Erfahrung machen möchte.

Till Wachenfeld